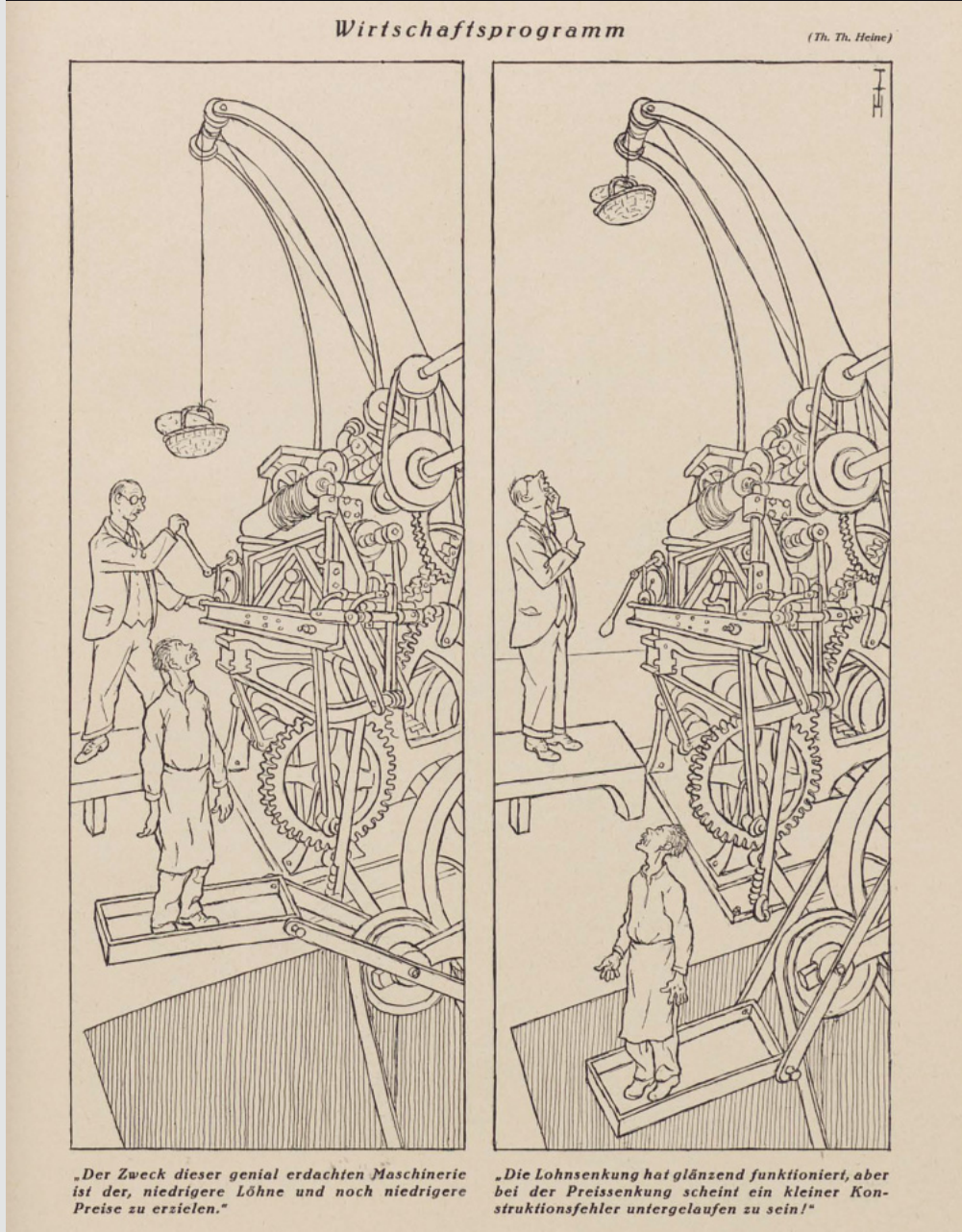


Von der Wirtschaftskrise zur Staatskrise im Deutschen Reich

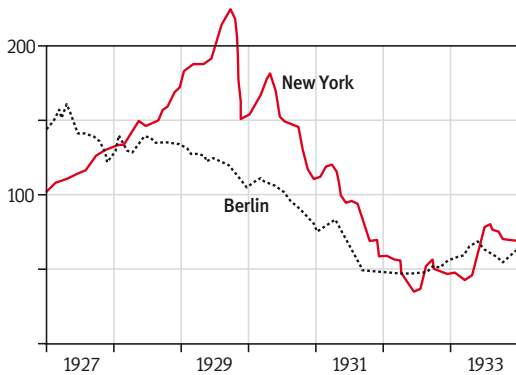


▲ „Wirtschaftsprogramm.“

Karikatur von Theodor Heine aus der satirischen Wochenzeitschrift „Simplicissimus“ vom 25. Mai 1931.

Interpretieren Sie die Karikatur. Berücksichtigen Sie auch den chronologischen Überblick (Seite 54).

- 1918** Die Deutsche Republik wird ausgerufen (9. November). Vertreter der Großindustrie und der Freien Gewerkschaften beschließen die Anerkennung von Tarifverträgen und den Acht-Stunden-Tag. Die Gemeinden werden verpflichtet, eine Erwerbslosenfürsorge einzurichten.
- 1919** Der Versailler Vertrag wird am 28. Juni unterschrieben. Aufgrund des Kriegsschuldartikels muss Deutschland Reparationen leisten; die Gesamthöhe wird nicht festgelegt. Am 11. August tritt die Weimarer Verfassung in Kraft; sie macht das Deutsche Reich zu einer parlamentarischen Demokratie.
- 1923** Krisenjahr der Republik: Das Ruhrgebiet wird von französischen und britischen Truppen wegen fehlender Reparationslieferungen besetzt (Januar). Die Reichsregierung unterstützt von Januar bis September den „passiven Widerstand“ u. a. mit dem Druck von Papiergeld. Die Hyperinflation führt zum Niedergang der Wirtschaft, zu Massenstreiks und Hungerunruhen (Juli/August). Der Hitler-Putsch in München scheitert (8./9. November). Die Rentenmark wird eingeführt (Währungsreform vom 15. November).
- 1924** Dawes-Plan: Eine von den Siegermächten einberufene Kommission unter dem Vorsitz des US-Bankiers Charles G. Dawes erarbeitet einen Plan für die deutschen Reparationszahlungen; die Belastung soll zu nächst jährlich eine, nach fünf Jahren 2,5 Milliarden Reichsmark betragen. Ein Ende der Zahlungen wird noch nicht festgesetzt.
- 1927** Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ergänzt die Erwerbslosenfürsorge von 1918; sie tritt am 1. Oktober in Kraft.
- 1929** Young-Plan: Der unter Vorsitz des US-Bankiers Owen D. Young überarbeitete Reparationsplan wird am 7. Juni unterzeichnet. Die deutschen Gesamtleistungen werden auf 112 Milliarden Reichsmark bis 1988 festgelegt. Zwischen dem 24. und 29. Oktober brechen die Aktienkurse an der New Yorker Börse zusammen.
- 1930** Heinrich Brüning (Zentrum) wird am 30. März Reichskanzler einer bürgerlichen Minderheitsregierung. Als der Reichstag die erste Notverordnung des Reichspräsidenten zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ vom 16. Juli nicht annimmt, wird er am 18. Juli aufgelöst. Bei den Reichstagswahlen vom 14. September steigert die NSDAP die Anzahl ihrer Abgeordneten von zwölf auf 107. Die SPD geht am 19. Oktober zur Tolerierung der Regierung Brüning über. Die Notverordnung vom 1. Dezember kürzt die Beamtgehälter und erhöht die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.
- 1931** Der Zusammenbruch der „Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe“ am 11. Mai wirkt alarmierend auf die internationalen Finanzmärkte. Während viele Lebensmittelpreise durch die staatliche Unterstützung der Landwirtschaft hoch bleiben, kürzt die Notverordnung vom 5. Juni Sozialleistungen sowie Gehälter für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und erhöht Steuern. Am selben Tag erklärt die Reichsregierung der Weltöffentlichkeit, das deutsche Volk sei „an der Grenze seiner Belastbarkeit angelangt“. Der größte europäische Textilkonzern, die Bremer Nordwolle, bricht im Juli zusammen. Angesichts der Zahlungsunfähigkeit vieler Länder erreicht US-Präsident Herbert C. Hoover einen auf ein Jahr befristeten Zahlungsaufschub (Moratorium) für Kriegsschulden und Reparationen (ab 6. Juli). Die „Darmstädter und Nationalbank“ (Danat) gibt am 13. Juli ihre Zahlungsunfähigkeit bekannt, ein Run auf die Guthaben aller Banken beginnt. Mit der Schließung der deutschen Börsen und der Einführung von zwei „Bankfeiertagen“ (14./15. Juli) setzt der Kampf gegen die Bankenkrise ein. Die rechten republikfeindlichen Parteien und Verbände rufen am 11. Oktober in Bad Harzburg zum Sturz der Regierung Brüning auf.
- 1932** Im Deutschen Reich sind im Februar 6,1 Millionen Arbeitslose registriert. Auf dem „Krisenkongress“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird am 13. April ein Plan zur Arbeitsbeschaffung durch „produktive Kreditschöpfung“ beschlossen. Am 30. Mai muss die Regierung Brüning zurücktreten. Im Dezember sind noch 5,8 Millionen Arbeitslose registriert. Auf der Reparationskonferenz in Lausanne (16. Juni bis 9. Juli) werden die deutschen Reparationsleistungen gegen eine geplante Abschlusszahlung von drei Milliarden Goldmark gestrichen. Aus den Reichstagswahlen vom 31. Juli geht die NSDAP als stärkste Fraktion hervor.
- 1933** Adolf Hitler, der „Führer“ der NSDAP, wird am 30. Januar vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler eines Präsidialkabinetts mit überwiegend national-konservativen Ministern ernannt.



M1 Aktienkurse an den Börsen von New York und Berlin 1927 bis 1933

Nach: Friedrich-Wilhelm Henning, *Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Teil 1*, Paderborn 2003, S. 454

1. Beschreiben Sie die beiden Kurven. Benutzen Sie passende Begriffe: Wendepunkt, Trend, Verschärfung, Abschwächung, Höhe- und Tiefpunkt, Stagnation, Parallelität, Gegenläufigkeit.
2. Setzen Sie die Entwicklung der Berliner Aktienkurse in Beziehung zum Ablauf des Börsensturzes in New York von 1929.

M2 Was die Unternehmer wollen

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Spitzenorganisation der Unternehmer, veröffentlicht am 2. Dezember 1929 eine Denkschrift, in der er folgende Grundsätze zur Gestaltung der Wirtschaft vorträgt:

Kapitalbildung

1. Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung. Sie ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion [...].
3. Um größtmögliche Wirtschaftlichkeit zu erzielen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensbedarf der breiten Masse zu befriedigen, muss vor allem die Kapitalbildung gefördert werden, die auf kürzestem und sicherstem Wege das neu gebildete Kapital der Produktion zuführt.

4. Die Unternehmungen müssen über die Sicherung der Rentabilität hinaus Eigenkapital bilden können.

15 5. Die deutsche Wirtschaft muss von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden. Die Vorbelastung der Produktion durch Steuern ist auf das unumgänglich notwendige Maß zurückzudämmen. [...] Sozialpolitik

20 Die materiellen Ansprüche der Sozialpolitik an die Wirtschaft müssen sich in den Grenzen der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft halten. Nur dann ist die Erfüllung der sozialen Aufgaben für die Dauer gesichert; die wirtschaftliche Produktivität ist die Quelle sozialer Leistungen. [...]

Finanz- und Steuerpolitik

1. Der Steuerbedarf ist in den letzten Jahren so unerträglich gesteigert worden, dass die Rente¹⁾ der Erwerbsewirtschaft weit unter den landesüblichen Zinsfuß herabgedrückt worden ist. Das Interesse des Kapitals an verantwortlicher Betätigung in der Produktion muss unter diesem Steuerdruck auf die Dauer schwinden. Die öffentliche Finanzwirtschaft ist daher so zu gestalten, dass die Ansprüche der öffentlichen Hand sich nach den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten richten.

Herbert Michaelis und Ernst Schraepler (Hrsg.), *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 7: Die Weimarer Republik. Vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928–30. Die innenpolitische Entwicklung*, Berlin 1962, S. 649–651

1. Fassen Sie die Forderungen der Industrie an die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zusammen.
2. Erklären Sie, warum die Unternehmer bereits fünf Wochen nach dem Börsencrash Maßnahmen zur Förderung der Kapitalbildung verlangten (M1 und M2).
3. Entwickeln Sie Denkansätze für die Position der Gewerkschaften.

¹⁾ Rente: Gemeint ist die Rendite, der Ertrag des angelegten Kapitals.

M3

Was tun?

In den Aufzeichnungen über die Ministerbesprechung vom 19. Mai 1930 heißt es:

Der Reichskanzler¹⁾ wies auf die Schwierigkeiten hin, die einer Sanierung der Gemeindefinanzen im Wege stehen. Er führt ferner aus, dass die Steuereingänge sich ungünstig entwickelten. [...] Äußerst bedenklich sei die Tatsache, dass der Baumarkt nicht in Gang komme. Deshalb nehme die Zahl der Erwerbslosen auch nicht in dem erwünschten Maße ab. Es müsse mit allen Kräften dafür gesorgt werden, dass der Arbeitsmarkt soweit als möglich in Gang komme. Um dieses Ziel zu erreichen, sei u. a. eine frühere Verteilung der öffentlichen Aufträge notwendig, als es bisher vorgesehen sei. [...] Die Arbeitslosigkeit müsse durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bekämpft werden. [...]

Der Reichsminister der Finanzen²⁾ führte aus, dass bei Zugrundelegung einer Erwerbslosenzahl von 1550000 ein Fehlbetrag von 350 Millionen Reichsmark in der Arbeitslosenfürsorge, von 100 Millionen in der Krisenfürsorge³⁾ eintreten werde, wenn die Beiträge nicht erhöht und keine Reform vorgenommen würde. [...]

[Der Reichsminister der Finanzen berichtet:] Fast täglich kämen Industrielle zu ihm, um ihm mitzuteilen, sie könnten einen großen Auslandsauftrag erhalten, wenn das Reich die Differenz gegenüber dem ausländischen Konkurrenten trage, der ihn im Preise unterbiete. Der Industrielle lege dann stets dar, dass das Reich immer noch Vorteil von einem derartigen Geschäft hätte, denn andernfalls müsse das Werk stillgelegt werden. Das Reich würde dann also keine Steuern erhalten und müsse außerdem noch die Last der Unterstützung an die Erwerbslosen durch die Reichsanstalt tragen. Bisher habe er derartige Ansinnen stets abgelehnt, da andernfalls das Ende der Privatwirtschaft bald abzusehen sei. [...]

¹⁾ Heinrich Brüning: Siehe die Bildlegende auf Seite 68.

²⁾ Paul Moldenhauer (1876–1947): von 1920 bis 1932 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei; Reichswirtschafts- (1929) und Finanzminister (1929–1930)

³⁾ Die Krisenfürsorge fiel an, wenn keine Arbeitslosenunterstützung mehr geleistet werden musste. Sie wurde seit 1926 zu einem Viertel von den Gemeinden und zu drei Vierteln vom Reich getragen.

Der Reichskanzler wies darauf hin, dass auch die englische Regierung vor einigen Jahren durch Verlegung von öffentlichen Aufträgen die Wirtschaft belebt habe. Trotzdem dieser Weg nicht ganz unbedenklich sei, werde die Reichsregierung ihn auch beschreiten müssen.

Zit. nach: Fritz Blauch, *Der Schwarze Freitag, Inflation und Wirtschaftskrise*, in: Wolfgang Benz und Hermann Graml (Hrsg.), *Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München ²1990, S. 129–132

1. Fassen Sie die in der Ministerrunde diskutierten Probleme und Lösungsvorschläge zusammen.
2. Arbeiten Sie die Position des Reichskanzlers bezüglich öffentlicher Aufträge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heraus.
3. Überprüfen Sie, inwiefern Zahlungen durch den Staat an private Unternehmen das „Ende der Privatwirtschaft“ bedeuten können.

M4

Die Nerven behalten

Am 13. Juli 1931 veröffentlicht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ einen Aufruf der Reichsregierung:

Die Bestrebungen der Reichsbank [...] sind darauf gerichtet, möglichst langfristige Kredite des Auslandes zu erlangen, um der privaten Wirtschaft zu helfen, ihre Notstände zu überwinden. Trotz aller Bemühungen ist im Verlaufe dieser Vorgänge eines der größten Bankinstitute, die Darmstädter und Nationalbank¹⁾, illiquid²⁾ geworden. Die Reichsregierung erachtet es für ihre Pflicht, [...] den großen Gefahren, die aus dieser Illiquidität drohen, zu begegnen. Es handelt sich nicht darum, das Vermögen der Bank zu retten, sondern es handelt sich darum, den Hunderttausenden von Kunden der Bank ihren Besitz zu erhalten und damit ihre Unterneh-

¹⁾ Die Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank) stellte am 13. Juli 1931 ihre Zahlungen ein. Damit begann auch in Deutschland die Bankenkrise, die am 11. Mai 1931 mit Zahlungsschwierigkeiten der Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe begonnen hatte (siehe Seite 39 und 69f.).

²⁾ illiquid: zahlungsunfähig; eine Bank ist illiquid, wenn sie nicht mehr in der Lage ist, Sparguthaben auszuzahlen oder Schulden zu begleichen.

mungen vor der Betriebseinstellung
 15 oder gar vor dem Untergang zu retten. Nur aus diesen Gesichtspunkten wird das Reich für etwaige Ausfälle, die eintreten können, aufkommen. Es ist eine Selbstverständlichkeit,
 20 dass die Geschäfte der Bank von Treuhändern der Reichsregierung überwacht werden. [...] Es kommt darauf an, dass das deutsche Volk in dieser schweren Lage die Nerven behält und nicht durch mangelndes
 25 Selbstvertrauen die Schwierigkeiten vermehrt.



▲ Andrang vor den Toren der „Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG“.

Foto von Carl Weinrother vom Juli 1931.

Herbert Michaelis und Ernst Schraepler (Hrsg.), Ursachen und Folgen [...], Bd. 8: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning – Papen – Schleicher 1930–1933, Berlin 1962, S. 193

1. Erläutern Sie, welche Ziele die Reichsregierung mit diesem Aufruf verfolgte.
2. Beurteilen Sie die mögliche Wirkung des Aufrufs auf die deutsche Öffentlichkeit.

M5

Wer sind die „wahren Schuldigen“?

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands reagiert am 14. Juli 1931 mit folgendem Aufruf auf die Bankenkrise:

Die Krise hat sich verschärft, Zusammenbrüche großer Industrie- und Bankunternehmungen zeichnen ihren Weg. Mit ihnen bricht die Lüge von der „marxistischen Misswirtschaft“ zusammen, die erfunden wurde, um von den wahren Schuldigen abzulenken: dem kapitalistischen System und seinen Vertretern.

Die bankrotten Finanzmagnaten und Industrieherrzöge sind keine Marxisten. Sie sind entschiedene
 10 Verfechter der kapitalistischen Privatwirtschaft und Geldgeber der antimarxistischen Propaganda. [...] Jetzt verlangen die bankrotten Bekämpfer des Marxismus Rettung durch den Staat! Jetzt steht die Reichsregierung für zusammengebrochene Banken
 15 gut, jetzt übernimmt sie für sie die Aufsicht! [...]

In der Stunde höchster Gefahr fordern wir entschlossene Umkehr. Die Selbstherrschaft der Banken und der Schwerindustrie führt die Wirtschaft in den Abgrund. Ihr muss ein Ende bereitet werden. Staatliche Hilfe ist nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Einfluss im Interesse der Allgemeinheit dauernd gesichert bleibt. Eine gründliche Bereinigung der Wirtschaft muss herbeigeführt werden, ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen. Arbeiter und Angestellte sind durch unbedingte Sicherung ihrer Ansprüche auf Lohn, Gehalt oder Unterstützung vor den verderblichen Folgen der Krise, deren unschuldige Opfer sie sind, zu schützen. [...]

30 Nicht kapitalistische Wirtschafts-anarchie, sondern geordnete Wirtschaftsführung zum Nutzen des Ganzen!

Nicht sinnlose Verzweiflungsakte, sondern planvolle Arbeit für das Volk und für den Sozialismus!

35 Nicht Uneinigkeit und Spaltung der Arbeiterklasse, sondern feste Einigkeit, stärkste Entschlossenheit im Kampf gegen alle feindlichen Gewalten! Das ist die Forderung der Stunde!

Herbert Michaelis und Ernst Schraepler (Hrsg.), Ursachen und Folgen, Bd. 8, a. a. O., S. 193f.

1. Geben Sie die Ursachen und Folgen der Bankenkrise aus der Sicht der SPD wieder.
2. Arbeiten Sie heraus, welche Vorgehensweise die SPD von der Reichsregierung fordert.



▲ Werbung für Sparbücher von 1929.

M6

„Verlieren wir noch einmal alles ...?“

Der 50-jährige Professor für Romanistik Victor Klemperer schreibt unter dem 16. Juli 1931 in sein Tagebuch:

Aber von Tag zu Tag wird die deutsche Gesamtlage verzweifelter und undurchsichtiger. Ich verstehe nicht, was vorgeht, niemand versteht es, die Zeitungen schwätzen oder lügen. Sind wir nun in ⁵ Staatsbankrott und Inflation mitteninne (die Danatbank, die „Bankfeiertage“¹⁾ [...] – oder nicht? Stürzt die Regierung? Folgt Hitler oder der Kommunismus? [...] Verlieren wir noch einmal alles wie 1923? – Vollkommen blind und hilflos lebt man jetzt hin, ¹⁰ und hat keine Ahnung, was man durchlebt, was für Geschichte sich vollzieht und wer Geschichte macht.

Victor Klemperer, *Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1925–1932*, hrsg. von Walter Nowojski, Berlin 1996, S. 721

1. Erläutern Sie Klemperers Angst vor der Entwicklung.
2. „Folgt Hitler oder der Communismus?“ (Z. 7f.) Erörtern Sie, welche Beobachtungen Klemperer zu dieser Frage bewegt haben mögen.

¹⁾ **Danat-Bank:** Kurzbezeichnung für Darmstädter und Nationalbank; siehe M4, Seite 56.

M7

Eine Untersuchung der Bankenkrise

Im Oktober 1931 veröffentlicht die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft eine Denkschrift, in der die Bankenzusammenbrüche vom Juli des Jahres analysiert werden; darin heißt es:

Innenpolitisch hatte sich die deutsche Wirtschaftspolitik einer ununterbrochenen Reihe schwerer Fehler schuldig gemacht, deren Folge die finanzielle Überanspannung immer mehr verdichtete und die Entwicklung einer krisenhaften Zuspitzung zutrieb. [...] Eine in den Gedankengängen der Inflationszeit befangene und falsche soziale Rücksichten nehmende Steuerpolitik verhinderte eine ausreichende innere Kapitalbildung und trug wesentlich zu dem Anwachsen der Verschuldung an das Ausland bei. Weitere Kapitalausfälle entstanden für die heimische Wirtschaft durch die Kapitalflucht, die wiederum sehr maßgeblich durch die überhohe Besteuerung verursacht wurde. [...]

¹⁵ Steuer- und Lohnpolitik hemmten die Wirtschaftsentfaltung, steigerten die Arbeitslosigkeit und führten statt zu wirtschaftlicher Belebung zu zunehmender Erstarrung, die allenthalben eine Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse zur Folge hatte. ²⁰ Es fehlte an einer rationellen Wirtschafts- und Finanzpolitik, welche die Kapitalbildung bei den Unternehmungen wieder ermöglicht und dadurch deren übermäßiges Kreditbegehren gemildert hätte. Durch die falsche Lösung der Lohn- und Arbeitszeitfrage wurden die Unternehmungen gezwungen, ²⁵ zu viel Geld in arbeitssparende Maschinen zu investieren, und damit wurde das Sinken von Kapitalnachfrage und Zinsfuß verhindert. [...]

Das außerordentliche Anwachsen der radikalen Flügelparteien¹⁾ und der darin zum Ausdruck kommende Grad der Unzufriedenheit breiter Volksmassen mit den politischen und wirtschaftlichen Gesamtverhältnissen Deutschlands wirkte im In- und Auslande alarmierend und löste eine neue Vertrauenserschütterung von größter Heftigkeit aus. ³⁵ Es setzte eine Kapitalfluchtwellen ein, wie sie seit der Währungsstabilisierung kaum erlebt worden war. Die Angstpsychose griff auf das Ausland über, das

¹⁾ Gemeint sind die Ergebnisse für die NSDAP und KPD bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930; siehe Seite 68.

sich zunächst noch abwartend verhalten hatte. Sie trat darin zutage, dass vom Auslande große Abgaben von deutschen Auslandswerten erfolgten, die deren Kurse empfindlich senkten. Zugleich setzten starke Verkäufe des Auslandes an den deutschen Börsen ein. An dem Ausbruch des ausländischen Misstrauens steigerten sich wiederum die Besorgnisse des Inlandes. Vor allem ging das Ausland dazu über, in erheblichem Umfange seine kurzfristig nach Deutschland ausgeliehenen Gelder zurückzuziehen bzw. bei Fälligkeit nicht zu erneuern.

Walter Steitz (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik*, Darmstadt 1993, S. 465-467

1. Fassen Sie die Ursachen der Bankenkrise nach der Darstellung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft zusammen.
2. Die Auftraggeber dieser Denkschrift waren selbst in die Bankenkrise verwickelt. Überprüfen Sie, in welcher Form diese Tatsache in der Analyse der Ereignisse und Zusammenhänge zum Tragen kommt.
3. Beurteilen Sie den Quellenwert des Dokuments.

M8

Brüning über Finanz- und Wirtschaftspolitik

In einem Referat vor den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrats erläutert Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning am 13. August 1931 einige Grundlinien seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik:

Eine Erholung der Weltwirtschaft gibt es erst dann, wenn der Tiefpunkt der Preise erreicht wird, wenn die Menschen wissen, jetzt geht es mit den Preisen nicht mehr weiter herunter, sondern kann nur langsam wieder hinaufgehen. Dann erst können die gesamten Maßnahmen getroffen werden, die notwendig sind, dann erst kann das Preisniveau der Waren wieder in das richtige Verhältnis zum Volumen der Waren kommen. Bis dahin gibt es in der ganzen Welt nur ein Herumtappen, und jedes Volk kann sich nur darauf einrichten, dass es sehen muss, wie es aus dieser Situation kommt. [...]

Das Jammern macht in der Welt gar keinen Eindruck, ob von Kreisen der Industrie oder der Land-

wirtschaft. Die Welt ist sich heute darüber aber im Klaren, dass die Reparationszahlungen in der bisherigen Höhe nicht mehr fortgesetzt werden können, sei es offen oder wenigstens im Stillen. Sehr schwer ist es ja doch, den Völkern klarzumachen, nachdem der Young-Plan¹⁾ nun ein Jahr in Kraft ist und als stabile Lösung angesehen wurde, dass es mit den Reparationen nichts ist. Man braucht Zeit für diese Erkenntnis, und die Politik der Reichsregierung, keine populäre Politik zu machen, hat absolute Bestätigung gefunden. Wir mussten die Initiative den anderen zuschieben; die letzten Ereignisse haben sicher den Gutwilligen klargemacht, dass wir bei eigener Initiative einen politischen Block bekommen hätten, der eine andere Reichsregierung zur Folge gehabt hätte. Es bleibt nichts anderes übrig, um wieder Kredit zu bekommen, als der Welt zu zeigen, was wir leisten können. Die Gefahr, dass daraus hinsichtlich der Reparationen in positiver Hinsicht Schlüsse gezogen werden können, ist nicht mehr groß. Es muss der letzte Schleier von Deutschland weggezogen werden und die Dinge ganz offen so dargestellt werden, wie sie sind.

[...] Es kommt ja heute darauf an, das zurückgezogene Kapital, das an sich im Laufe eines Jahres ersetzt werden kann, durch den Erlass der Reparationen für dieses Jahr nur für einige Monate auszugleichen, d.h. also einen Weg zu finden, der uns den Endeffekt am Ende des Jahres jetzt schon zur Verfügung stellt. Außer diesem Weg der Kreditierung ausländischer Rohstoffimporte²⁾ gibt es noch einen zweiten Weg, worüber ich aber jetzt noch nicht sprechen werde.

Es besteht eine sichere Notwendigkeit, überall zu erneuten Sparmaßnahmen zu kommen. [...] Eine kurzfristige Verschuldung von Ländern und Gemeinden im Tempo wie in den vergangenen Jahren muss aufhören. Es ist unmöglich, das Bankensystem noch einmal zu retten, wenn man plötzlich vor Tatsachen gestellt wird, die uns zum Teil erst in letzter Stunde bekannt geworden sind. Die Dinge liegen zwar in den Ländern verschieden. Aber die

¹⁾ *Young-Plan*: Siehe Seite 54.

²⁾ *Kreditierung ausländischer Rohstoffimporte*: Gewährung von Krediten zum Kauf von Rohstoffen

Tatsache, dass ein großer Teil der Illiquidität¹⁾ auf diese enorme kurzfristige Verschuldung zurückzuführen ist, müsste jedem verantwortlichen Politiker in Reich, Ländern und Gemeinden die Augen öffnen, dass mit diesem System Schluss gemacht werden muss.

Walter Steitz (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, a. a. O., S. 458–462

1. Geben Sie die Maßnahmen wieder, die Brüning zur Bekämpfung der Krise plant.
2. Ordnen Sie auf der Grundlage der Zeilen 1-12 die Position Brünings wirtschaftstheoretisch ein (siehe dazu Seite 9).
3. Vergleichen Sie Brünings Haltung in dieser Quelle mit seiner Position in M3, Seite 56. Erklären Sie, inwiefern sich seine Position verändert hat, und geben Sie mögliche Ursachen an.
4. An anderer Stelle dieser Rede vertritt Brüning die These, dass die Reichsregierung „sich in sozialer Gesinnung von keiner ihrer Vorgängerregierungen übertreffen lässt“. Überprüfen Sie, inwieweit diese Aussage Brünings angesichts der sozialpolitischen Maßnahmen seiner Regierung berechtigt ist.

M9

Herausgerissen

1932 erscheint in Hamburg eine „Stempelchronik“ mit dokumentarischen Aufzeichnungen über Arbeitslosenschicksale. Der Herausgeber der Sammlung, Bruno Nelissen Haken, schreibt in der Einleitung:

Alle diese [Arbeitslosen] sind ja herausgerissen aus: Familie, Zuhause, kleiner menschlicher Heimat. Bei vielen gehen die kleinen Hemmungen sehr schnell verloren, Scheu, Abstand, Erinnerung; das sind die großen Hemmungen im Leben des Volkes. Männer und Frauen und Kinder bleiben von ihrem Zuhause und von ihren Familien fort, weil sie die Öde nicht mehr ertragen können, die seit so viel arbeitslosen Jahren zwischen Mann und Frau und Kind gesetzt

¹⁾ *Illiquidität*: Zahlungsunfähigkeit; siehe auch M4, Seite 56, Anm. 2.



▲ Die Arbeitslosen.

Ölgemälde (167 x 172 cm) von Karl Hofer, 1932.

- Beschreiben Sie die Stimmung, welche das Gemälde ausdrückt.
- Erklären Sie, welche Gründe den Maler zur Wahl dieses Motivs bewegen haben können.

10 ist. Verbitterung setzt sich fest, die nie wieder auszutreiben sein wird, selbst wenn, nach gewisser Zeit vielleicht, doch noch einmal wieder Arbeit gefunden werden sollte. Der Abstand geht verloren, zwischen den Menschen, immer wieder zwei Menschen; Abstand zu Vergangenheit, Zukunft, Leben, Schicksal. Familie, kleine Familie, aber millionenfach Familie in Deutschland geht kaputt, nichts weiter. Die Stufen nach unten gehen sich schnell und von selber; die Vielen sinken ab und merken

20 es nicht einmal. Eine neue Umschichtung der Klassen und der Herzen setzt ein.

Ja, und nicht einmal ausgesprochene Schuld auf irgendeiner Seite. Hier verändert sich etwas in der Seele des Volkes; nicht nur dieser einen Generation

25 – vielen Generationen wird von dieser Zeit der Arbeitslosigkeit auch ihr inneres Schicksal bestimmt.

Bruno Nelissen Haken, *Stempelchronik. 261 Arbeitslosenschicksale*, Hamburg 1932, S. 8

1. Charakterisieren Sie die Folgen der Krise für das gesellschaftliche Zusammenleben.
2. Übernehmen Sie die Perspektive eines jungen Arbeitslosen und schreiben Sie einen Brief an die Reichsregierung, in dem Sie Ihre Alltagserfahrungen und eine Einschätzung Ihrer persönlichen Lage und Perspektive schildern. Stellen Sie Forderungen an die Politik auf.

M10

Unzufriedenheit in Deutschland und Amerika – ein Vergleich

Der amerikanische Journalist H. R. Knickerbocker berichtet 1931/32 im Auftrag der in New York erscheinenden „Evening Post“ aus Deutschland. Über die unterschiedlichen Folgen der Unzufriedenheit schreibt er:

Arbeitslosigkeit gibt es überall in der Welt. Die Unzufriedenheit ist kein Monopol Deutschlands, und viele außerhalb des Reiches müssen sich fragen, warum die Gefahr einer radikalen Änderung von Regierung und Wirtschaftssystem für Deutschland größer ist als für andere Länder mit gleich hoher Arbeitslosenziffer. Dafür gibt es gute Gründe.

Erstens: Hier ist die Unzufriedenheit, die aus der Armut resultiert, politisch organisiert. Zweitens: Die Armut gewisser Bevölkerungsschichten ist ganz außerordentlich bitter. Drittens: Die politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit herrscht bereits seit langer Zeit. [...] Die politische Organisation der Unzufriedenheit in Deutschland macht es unmöglich, die Konsequenzen, zu denen die Arbeitslosigkeit je nach ihrem Ausmaß führen kann, mit denselben Maßstäben zu messen, wie sie einem gleichen Umfang der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern zukommen. [...]

Der Arbeitslose in Amerika drückt seine Unzufriedenheit im Allgemeinen dadurch aus, dass er seine Stimme gegen die Männer oder die Partei, die an der Macht ist, abgibt. Es kann aus einem Republikaner ein Demokrat werden oder umgekehrt. Die unbedeutende Größe, oder besser Kleinheit, der kommunistischen Partei in Amerika weist zur Genüge darauf hin, dass in den Staaten auch von den Arbeitslosen nicht viele die Absicht haben, in ihrem Protest weiter zu gehen. Aber selbst wenn sie diese Absicht hätten und ihrer Opposition nicht nur gegen die Partei am Ruder, sondern gegen die Regierung selbst und das kapitalistische System Ausdruck verleihen wollten, würden sie kein politisches Instrument finden, das sie befriedigen könnte. Das heißt etwa so viel: Die kommunistische Partei Amerikas ist klein, weil niemand für sie stimmt, und es stimmt niemand für sie, weil sie klein ist. [...]

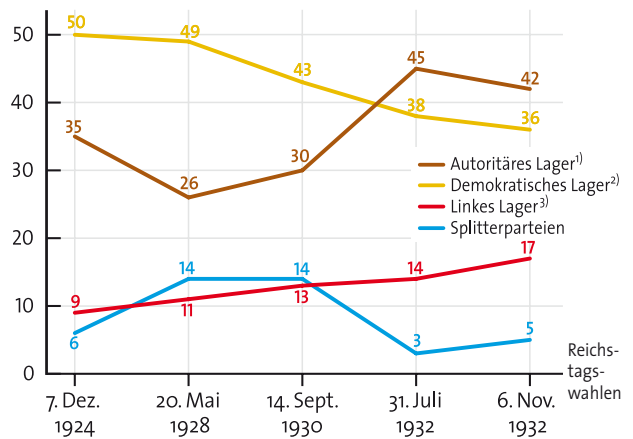
In dieser Beziehung steht Deutschland einzig da. Es hat zwei Hauptventile für revolutionäres Fühlen;

beide sehen Lösungen für die verschiedensten Arten der Unzufriedenheit vor und verheißen eine radikale Änderung sowohl der Regierung wie des Systems. Auf der einen Seite steht die kommunistische Partei, die alles dem Arbeiter verspricht; auf der anderen die nationalsozialistische Partei Adolf Hitlers, die allen alles verspricht. Und ganz abgesehen von diesen Gründen sind beide Parteien groß, weil viele für sie stimmen, und viele stimmen wiederum für sie, weil sie groß sind.

H. R. Knickerbocker, *Deutschland so oder so?*, Berlin 1932, S. 2–4

M11

Politische Grundorientierungen im deutschen Parteienspektrum 1924 bis 1932



1) Deutsche Nationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

2) Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutsche Demokratische Partei, Zentrum und Bayerische Volkspartei

3) Kommunistische Partei

Nach: Hans Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten*, München 2003, S. 359

1. Fassen Sie die Aussagen des Journalisten Knickerbocker zusammen (M10).
2. Erläutern Sie seine vergleichende Deutung der Unzufriedenheit.
3. Überprüfen Sie seine Deutung mithilfe der Grafik M11.

Arbeitsloser geht mit Frau und sieben Kindern in den Tod

wib. Preßburg, 22. Dezember.

In einem Dorfe bei Preßburg hatte der seit Monaten beschäftigungslose Arbeiter Joseph Lomnický in Verzweiflung über das dauernde Hungerelend seiner Kinder im Einverständnis mit seiner Frau beschlossen, mit seinen sieben Kindern gemeinsam zu sterben. Er verschaffte sich ein stark wirkendes Gift.

▲ Zeitungsmeldung von 1931/32.

Zur Einordnung: Die Selbstmordrate betrug 1932, berechnet auf eine Million Einwohner, in Deutschland 260 und in den USA 133 Menschen.

M12

Warnung

Der Gewerkschafter und Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Anton Erkelenz, verlässt 1930 seine Partei und wechselt zur SPD. In einem am 14. Dezember 1931 in „Die Welt am Montag“ veröffentlichten Zeitungskommentar schreibt er:

Die Republik und die republikanischen Parteien, die sich alle aufopfern, um Staat und Republik zu erhalten, werden durch die Deflationspolitik der Regierung gezwungen, im Grunde genommen für Hitler zu arbeiten. Es ist auf die Dauer keine Regierung möglich, die 95 Prozent der Bevölkerung gegen sich aufbringt, indem sie ihre tatsächlichen, manchmal auch ihre scheinbaren Interessen aufschwerste verletzt. [...] Wer Hitler bekämpfen will, muss den Deflationsprozess, diese gewaltige Zerstörung von Arbeit, Werten und Kapital, beenden. Der Rechts- und Linksradikalismus von 1923 hatte ausgespielt, als wir 1924 eine stabile Währung hatten. Der Rechts- und Linksradikalismus von 1931 wird erst dann ausgespielt haben, wenn wir wieder eine stabile Währung haben. Es liegt eine Blindheit über Deutschland. Sie ist am größten bei denjenigen, auf denen die meiste Verantwortung ruht, bei der Regierung, bei der deutschen Unternehmerschaft, beim größeren Teil der deutschen Presse.

Zit. nach: Ursula Büttner, Politische Alternativen zum Brüning'schen Deflationskurs. Ein Beitrag zur Diskussion über „ökonomische Zwangslagen“ in der Endphase von Weimar, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 37. Jg (1989), H. 2, S. 251

• Geben Sie die Vorwürfe gegenüber der Reichsregierung wieder.

M13

Der WTB-Plan der Arbeitsbeschaffung

Im Dezember 1931 legen der Leiter der statistischen Abteilung im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Wladimir Woytinski, der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft, Fritz Tarnow, und der Landwirtschaftssprecher der SPD-Fraktion, Fritz Baade, den WTB-Plan (benannt nach den Anfangsbuchstaben der drei Verfasser) vor. Ihr Plan wird am 26. Januar 1932 veröffentlicht und am 13. April vom Kongress der Gewerkschaften angenommen.

1. Das Projekt

Der Plan geht von dem Grundgedanken aus, dass zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum Wiederanstieg der Wirtschaft ein Anstoß erfolgen muss, weil die selbsttätigen Kräfte der Krisenüberwindung außer Funktion gesetzt oder gelähmt sind. Der Plan soll die Gewähr bieten, dass zunächst etwa eine Million Arbeitslose wieder in den Produktionsprozess eingegliedert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen von Reichsbahn, Reichspost, kommunalen Verbänden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts Aufträge in solchem Ausmaße vergeben werden, dass hierdurch teils unmittelbar, teils mittelbar eine Million bisher Arbeitsloser Beschäftigung findet. Bei dem Plan der Arbeitsbeschaffung sollen Arbeiten bevorzugt werden, die lediglich durch die krisenbedingten Einsparungen unterblieben sind. Die Auftrag vergebenden Stellen erhalten einen entsprechenden, langfristigen mit niedrigen Zinsen und Amortisationsraten¹⁾ ausgestatteten Kredit gegen Schuldverschreibungen, die von der Reichskredit A.G. (oder von anderen geeigneten Instituten) ausgestellt werden und bei der Reichsbank rediskontierbar sind. Soweit durch die Inanspruchnahme dieser Kredite Baransprüche an die Reichsbank gestellt werden, sind sie gegebenenfalls durch zusätzliche Notenschöpfung zu decken. Der Einfachheit wegen wird im Folgenden angenommen, dass der gesamte Betrag für Löhne und Gehälter aufgewendet wird. [...]

¹⁾ Amortisation: allmähliche Tilgung einer langfristigen Schuld nach vorgegebenem Plan

1. Einwand: Die plötzliche Vermehrung des Notenumlaufs um zwei Milliarden Reichsmark bedeutet sichere Inflation.
- 35 2. Antwort: Es handelt sich weder um einen Notenzuwachs um zwei Milliarden Reichsmark noch um ein plötzliches Hineinwerfen der überhaupt erforderlichen Summe in den Umlauf. Die zwei Milliarden sind die erforderliche
- 40 Kreditsumme. Der tatsächliche zusätzliche jährliche Geldaufwand reduziert sich um ca. 600 Millionen, die ohne diese Aktion für die Arbeitslosen an Unterstützung gezahlt werden müssen, ferner um mindestens 200 Millionen
- 45 Reichsmark, die von den angesetzten Arbeitern und ihren Unternehmern an sozialen Beiträgen und Steuern mehr eingehen. Der zusätzliche Aufwand beträgt demnach höchstens 1200 Millionen Reichsmark, deren Auszahlung sich
- 50 auf das ganze Jahr verteilt. [...]

Es folgen weitere Einwände und Antworten. In der Schlussbemerkung heißt es dann noch:

- Es handelt sich bei dem vorgelegten Plane nur darum, [...] eine bewusste aktive Konjunkturpolitik
- 55 zu betreiben. Die aktive Konjunkturpolitik ist in der Gegenwart unerlässlich, da die Automatik noch auf lange Zeit nicht funktionieren kann. Es fehlt für die Privatinitiative an großen Investitions-
- 60 objekten, wie sie früher im Aufbau der Eisenbahnen, der Elektrifizierung der Wirtschaft, dem Aufbau der chemischen Industrie, einem großen Wohnungsbauprogramm, der Vermehrung der Rüstungen usw. vorhanden waren. Auch für die
- mit dem Ausbau der Kolonien verbundenen Anlagemöglichkeiten sind vorerst positive Aussichten nicht vorhanden. Eine Mobilisierung der produktiven
- 65 Kräfte erscheint demnach auf den früher üblichen Wegen überhaupt nicht denkbar. Die vorgeschlagenen öffentlichen Arbeiten, z. B. Bau von
- 70 Straßen, Brücken, Talsperren usw., sind volkswirtschaftlich durchaus möglich und rentabel, sie sind aber ihrer Natur nach keine Objekte für privatwirtschaftliche Initiative.

Zit. nach: Gottfried Bombach u. a. (Hrsg.), Der Keynesianismus II. Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland. Dokumente und Kommentare, Berlin/Heidelberg/New York 1976, S. 172 und 176

1. Fassen Sie die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschläge der Gewerkschaftsfunktionäre zusammen.
2. Beurteilen Sie aus der Sicht eines Autors des WTB-Plans Brünings Ankündigung einer Fortsetzung der Sparpolitik (M8, Seite 59).

M14

Warum zögerte die SPD-Führung?

Der Historiker Heinrich August Winkler liefert in einem 1990 veröffentlichten Buch eine Antwort auf die Frage, warum die SPD-Führung den WTB-Plan (siehe M 13) ablehnt.

- Viele Gründe trugen dazu bei, dass die „Partei-
- seite“ im Disput um die Arbeitsbeschaffung einen sehr viel konservativeren Standpunkt einnahm
- als der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund
- 5 [ADGB]. Die marxistische Überzeugung, dass Krisen ein notwendiges Element des kapitalistischen Systems¹⁾ waren und nicht durch Geldmanipulationen abgekürzt werden konnten, war
- eine Ursache, die aber in einem größeren Zusammenhang stand: der Orientierung an hergebrachten
- Grundsätzen und Erfahrungen. Zu den noch frischen Erfahrungen gehörte der Schlag, den die
- Hyperinflation von 1922/23 der Arbeiterklasse wirtschaftlich, sozial und politisch versetzt hatte,
- 15 zu den Grundsätzen die hieraus abgeleitete Maxime, dass ohne stabile Währung wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt nicht möglich war. Überdies hatte die SPD sich im Herbst 1931 selbst gebunden, als sie die Parole ausgab, inflatorische
- 20 Experimente seien typisch für die radikale Rechte. Nun galt es nach Meinung der maßgeblichen Sozialdemokraten konsequent zu bleiben: Die Partei durfte, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen wollte, keinen Inflationsverdacht auf
- 25 sich ziehen. [...]

Während die Sozialdemokraten in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik sich gegen alles abschotteten, was nicht klassischen Lehren entsprach, stand der ADGB neuen Erkenntnissen

30 der Wirtschaftswissenschaft offen gegenüber.

¹⁾ Lesen Sie dazu nochmals M 2, Seite 7.

Das galt um 1931/32 vor allem von den ersten Ansätzen einer Theorie des antizyklischen „deficit spending“¹⁾, wie sie der englische Ökonom John Maynard Keynes, aber auch deutsche Sachverständige vertraten.

Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Bonn 1990, S. 500

1. Fassen Sie die Gründe für die fehlende Unterstützung des Gewerkschaftsbundes durch die SPD zusammen.
2. Erklären Sie die Arbeitsweise des Historikers Winkler.
3. Beurteilen Sie das Verhalten der SPD bezüglich des WTB-Plans. Berücksichtigen Sie M 12.

M15

Beschluss des Reichswirtschaftsrats

Am 12. März 1932 erarbeitet ein Ausschuss des Reichswirtschaftsrats (das ist ein Gremium von Vertretern der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft, des Handels, der Banken und der Versicherungen sowie der Gewerkschaften und Wissenschaften) einen Arbeitsbeschaffungsplan, der Maßnahmen für 515 000 bis 865 000 Arbeitskräfte vorsieht und 1,13 bis 1,84 Milliarden Reichsmark kosten soll.

Die Wirtschaft droht immer schärfer zusammenzuschrumpfen. Für private Initiative, um aus diesem Schrumpfungsprozess herauszukommen, fehlen weitgehend die sachlichen und vor allem die psychologischen Grundlagen. Kann die öffentliche Hand diese Lücke überbrücken, indem sie ihrerseits die Initiative für Arbeitsbeschaffung ergreift und sie organisiert? [...]

Für die Auswahl der Gebiete, die für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für 1932 hauptsächlich infrage kommen, sollten namentlich folgende allge-

meine Gesichtspunkte gelten: Es soll sich um zusätzliche Arbeit handeln, also um Arbeit, die ohne dieses Programm nicht oder nicht mehr ausgeführt würde. [...] Unter diesen Gesichtspunkten haben sich nach Befragung zahlreicher Sachverständiger und eingehender Durchprüfung aller Vorschläge für das Programm des Reichswirtschaftsrats die nachfolgenden Arbeitsgebiete ergeben.

1. Verkehrswesen

Umfangreiche Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung sind bei der Reichsbahn und Reichspost sowie bei der Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes gegeben. [...] Die Instandhaltung und Verbesserung des Straßennetzes bietet besonders günstige Möglichkeiten für die unmittelbare Neueinstellung von Arbeitskräften. [...]

2. Hochwasserschutz

Auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes handelt es sich besonders um die Regulierung der hochwassergefährlichen Wasserläufe und den Bau von Talsperren. [...]

3. Landwirtschaftliche Meliorationen¹⁾

Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm für 1932 kommen sowohl landwirtschaftliche Meliorationen im engeren Sinne (Bodenverbesserungen) wie im weiteren Sinne, insbesondere durch Ausbau und Organisation der Milchwirtschaft, infrage. Die Maßnahmen auf diesem Gebiet können als besonders produktionsfördernd bezeichnet werden. Neben der Vermehrung und Sicherung steht als Ziel eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion; neben der Stärkung des Binnenmarktes, die im Hinblick auf die wachsenden Ausfuhrschwierigkeiten nötig und dringlich erscheint, ist die Verbesserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz von großer Bedeutung. [...]

Das Gebiet der landwirtschaftlichen Meliorationen ist zugleich das gegebene Gebiet für den freiwilligen Arbeitsdienst. [...] Zu betonen sei neben dem allgemeinen psychologischen noch der besondere Wert, der in der reibungslosen Zusammenarbeit junger Menschen von verschiedenster politischer Richtung liege. [...]

Der Reichswirtschaftsrat hält ganz allgemein auch

¹⁾ *deficit spending*: die von Keynes entwickelte Theorie, dass der Staat in Zeiten der Wirtschaftskrise Arbeit und Nachfrage durch Aufträge schaffen müsse, für deren Bezahlung der Staat Schulden machen dürfe, die er in Zeiten der folgenden Wirtschaftsbelebung tilgen könne; siehe dazu auch den Theorie-Baustein, Seite 82ff.

¹⁾ *Melioration*: Maßnahme zur besseren landwirtschaftlichen Nutzung durch Be- und Entwässerung, Kultivierung von Mooren, Eindeichung, Forstwirtschaft etc.

Wirtschaftliches Sofortprogramm der N.S.D.A.P.

Hinsearbeitel von der Samptabellung IV (Wirtfchaft)
der Reichspropagandaleitung der N.S.D.A.P.

II. Auflage
192. mit 600. Zeichn



1 9 3 2

Berting Dr. Eder Nachf., G. m. b. H., München 2. HO

M16

Das „Sofortprogramm“ der NSDAP

Am 10. Mai 1932 fordert der zum Führungszirkel der NSDAP zählende Gregor Straßer in einer Reichstagsrede ein kreditfinanziertes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Dabei übernimmt er viele Vorschläge von Experten der Regierung, anderer Parteien und der Gewerkschaften, fügt diese aber in die NS-Ideologie ein. Straßers Vorschläge werden in das im Juli veröffentlichte „Wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP“ übernommen; darin heißt es:

Die Duldung der Arbeitslosigkeit bedeutet eine brutale Entrechtung des schaffenden Volksgenossen. Man raubt ihm die Freiheit, durch seiner eigenen Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben, man raubt ihm damit die Möglichkeit, sich aus eigener Kraft zu erhalten, und sucht ihn mit jämmerlichen öffentlichen Unterstützungen abzuspiesen, die zudem noch dauernd herabgesetzt werden. Das schaffende Volk will sein Lebensrecht nicht für diese Bettelpennige verkaufen, es fordert das Recht auf Arbeit.¹⁾ Als Nationalsozialisten sind wir die Vorkämpfer der Rechte des schaffenden Volkes. Deshalb sind wir auch die ersten gewesen, die diesen Rechtsanspruch angemeldet und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt haben.

[...] Der Erfolg der bisherigen Wirtschaftspolitik hat bewiesen, dass alle Anstrengungen zur Steigerung unserer Ausfuhr nicht vermehrte Arbeit, sondern nur vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Wir müssen deshalb für unsere Wirtschaft dort vermehrten Absatz suchen, wo vermehrter Absatz zu finden ist: auf dem Binnenmarkt. Wir müssen also für einen gestärkten Schutz der heimischen Produktion sorgen [...], weil sonst die Schleuderpreise der Auslandskonkurrenz den Absatz unserer eigenen Produkte selbst auf dem Binnenmarkt unmöglich machen.²⁾ [...] Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf den Binnenmarkt kann nur dann zum Erfolge führen, wenn die Masse des Volkes genügend kaufkräftig

▲ „Wirtschaftliches Sofortprogramm der N.S.D.A.P.“

Von dem im Juli 1932 für den Wahlkampf gedruckten Programm erschienen nach Angaben der Partei über 600 000 Exemplare.

die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung für ein vordringlich wichtiges Gebiet der produktiven Arbeitsbeschaffung. [...]

4. Hausreparaturen

Hier handelt es sich wesentlich um die Instandsetzung des Altwohnraums. [...] Für eine Belebung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe ist heute angesichts der Unmöglichkeit umfangreicherer Neubauten die Instandsetzung des Altwohnraums von entscheidender Bedeutung. Während darin 1925 rund 1,4 Millionen Arbeiter und Angestellte tätig waren, sind heute die Bauarbeiter nach Ausweis ihrer Organisationen bis 80, ja bis 90 Prozent und darüber ohne Beschäftigung. [...]

Das Finanzierungsproblem

[...] Für die Organisierung der Finanzierung haben die Untersuchungen des Ausschusses insofern technisch einen Weg gewiesen, als klargestellt wurde, dass verantwortliche Träger für die Aufnahme der Kredite tatsächlich geschaffen werden können.

Walter Steitz (Hrsg.), Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, Darmstadt 1993, S. 484-497

Geben Sie die Motive des Reichswirtschaftsrates wieder und fassen Sie sein Programm zusammen.

¹⁾ Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 enthielt das Ziel des Rechts auf Arbeit in Artikel 163, das allerdings nicht einklagbar war. Am 2. Mai 1933 verboten die Nationalsozialisten die Freien Gewerkschaften.

²⁾ Die NS-Wirtschaftspolitik subventionierte ab 1934 deutsche Exporte; die Binnenwirtschaft stärkte sie vor allem im Rahmen der ab 1933/34 einsetzenden Aufrüstung.

30 wird, um die vermehrte Produktion abzunehmen. Das kann wiederum nur dann der Fall sein, wenn jeder Deutsche das Recht auf Arbeit hat und wenn jeder Arbeiter einen auskömmlichen Lohn bekommt, der seiner Leistung entspricht. Das aber sind die

35 Grundlagen der sozialen Befreiung des Arbeiters.¹⁾ [...] Um die notwendige Umstellung der deutschen Wirtschaft auf dem Binnenmarkt durchzuführen, müssen also in erster Linie auf folgenden Gebieten Arbeiten organisiert werden:

40 Förderung der Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens durch Landeskulturarbeiten [...].

Errichtung von Eigenheimsiedlungen für die Arbeiter zur Entproletarisierung des schaffenden Volkes²⁾ [...]. Stärkung der Kaufkraft des Arbeiters und Ermöglichung der Arbeitszeitverkürzung³⁾ in der Industrie [...].

Der Bau von Verkehrswegen, Kanälen usw. zur Unterstützung des binnenwirtschaftlichen Austausches, der Ostsiedlung und der Auflockerung der Groß-

50 städte. Allgemeine Finanzierung der Produktion zur Belebung der freien Wirtschaft.

In dem Maße, wie zusätzliche Arbeiten geleistet werden, vermindern sich die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsunterstützung, vermehren sich das Steueraufkommen und die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung. Diese Ersparnisse und Mehreingänge betragen insgesamt mindestens 50 Prozent der Gesamtkosten. [...]

60 Da 50 Prozent der Gesamtkosten durch die Ersparnisse und Mehreinnahmen der öffentlichen Hand aufkommen, stehen 70-80 Prozent der Gesamtkosten

1) Tatsächlich erreichte die Kaufkraft der realen Wochenlöhne erst 1937 wieder das Niveau vor der Krise, nachdem die Rüstungsaufträge die Staatsverschuldung bereits immens gesteigert hatten.

2) Das Programm sah die Errichtung von 400 000 Eigenheimsiedlungen im Jahr vor. Tatsächlich wurden 1933 von 178 000 neuen Wohnungen nur 34 100 Siedlungshäuser aus öffentlichen Mitteln erbaut. Bei dieser Größenordnung blieb es in den folgenden Jahren.

3) Im März 1931 hatte eine Regierungskommission unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Heinrich Brauns (Zentrum) bereits Vorschläge zur Verkürzung der Arbeitszeit gemacht; darüber hinaus hatte die Kommission im April ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für 400 000 Erwerbslose vorgeschlagen, das mithilfe von Auslandskrediten finanziert werden sollte. Brüning hatte es aus reparationspolitischen Gründen abgelehnt. Außerdem: Im NS-Staat stieg die Wochenarbeitszeit von 41,5 (1932) auf 47 Stunden (1939).

in kürzester Frist zur Verfügung. Die fehlenden 20-30 Prozent können durch produktive Kreditschöpfung finanziert werden. Eine so geringe Ausweitung des Kreditvolumens ist ohne jede Gefahr für den Bestand der Währung. [...]

Der Arbeitsdienst ist nicht eine Zwangsarbeit für Erwerbslose, vielmehr werden alle jungen deutschen Männer einer bestimmten Altersklasse zum Arbeitsdienst eingezogen, um Arbeiten auszuführen, die für die Belebung der gesamten Wirtschaft notwendig sind und auf dem normalen Wege nicht durchgeführt werden können.⁴⁾ (Die Arbeitsdienstpflichtigen werden also den Arbeitern, die in Tariflohn stehen, keinerlei Konkurrenz machen.) Es wird keinerlei Befreiungen und Ausnahmen für Akademiker und Besizende geben, jeder wird die Schaufel in die Hand nehmen und in gleicher Weise der Nation durch seine Arbeit dienen. Die Achtung und das Ansehen des Handarbeiters sollen dadurch in der gleichen Weise gesteigert werden, wie das Ansehen des Soldaten durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gesteigert worden ist.

Wirtschaftliches Sofortprogramm der N.S.D.A.P. Ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der N.S.D.A.P., München 1932, S. 7-10, 13f. und 34

1. Vergleichen Sie das „Sofortprogramm“ mit den Maßnahmen des WTB-Plans (M13) und dem Programm des Reichswirtschaftsrats (M15). Wo finden sich Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede?
2. Erläutern Sie Funktion und Ziel der „Umstellung der deutschen Wirtschaft auf den Binnenmarkt“ (Z. 27). Inwiefern ist hier die nationalsozialistische Ideologie erkennbar?
3. Weisen Sie in diesem Wahlkampfmaterial weiteres nationalsozialistisches Gedankengut und Propaganda nach.
4. Beurteilen Sie das „Sofortprogramm“ und seine Attraktivität im Wahlkampf im Juli 1932.

4) Ein Freiwilliger Arbeitsdienst (FAD) wurde bereits im Juni 1931 eingerichtet; siehe hier Seite 71. Die Nationalsozialisten machten aus ihm 1935 einen „Reichsarbeitsdienst“ (RAD), der männliche und weibliche Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren zur Ableistung eines Arbeitsdienstes von sechs Monaten verpflichtete. Aus finanziellen Gründen wurde der weibliche Arbeitsdienst bis 1939 nur auf freiwilliger Basis durchgeführt.

Die Wirtschaftskrise beginnt

Mit der Novemberrevolution von 1918 waren alte Forderungen der Arbeiterbewegung wie die Einführung des Achtstundentages und die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner durchgesetzt worden. Die Weimarer Verfassung von 1919 führte eine parlamentarische Demokratie ein. Nach dem Krisenjahr 1923 hatten sich die politischen Unruhen gelegt und die Wirtschaft etwas erholt. Die 1924 eingeführte Rentenmark zeigte sich relativ stabil. Der Sozialstaat wurde ausgebaut, die Krankenkassenleistungen ausgedehnt und die Invaliden- und Altersversicherung ausgebaut.

Große US-Firmen wie Ford investierten in Deutschland. Zahlreiche Unternehmen rationalisierten nach amerikanischem Vorbild ihre Betriebe und steigerten so die Produktivität. Es wurde von einem „Wirtschaftswunder“ gesprochen, obwohl die Zahl der Arbeitslosen auch 1927, als die Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, bei über 1,3 Millionen lag.

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands hatte einen Nachteil: Er basierte auf Krediten, die vor allem aus den USA stammten. Schon vor dem New Yorker Börsencrash im Oktober 1929 fielen an den deutschen Börsen die Aktienkurse, stiegen die Arbeitslosenzahlen und die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung. Diese Entwicklung führte zu Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Unternehmerverbänden (M1 und M2). Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise verschärfte die Probleme: Die Kapitalimporte gingen zurück, die Industrieproduktion sank, die Exporte gingen zurück und der Konsum ließ nach. Immer mehr Firmen machten Konkurs und die Zahl der Arbeitslosen stieg von 1,8 Millionen im Januar 1929 auf 2,8 Millionen im Januar 1930 an. Gleichzeitig gingen die Steuereinnahmen zurück und die öffentliche Verschuldung des Staates und der Gemeinden nahm durch die steigenden sozialen Ausgaben stark zu. Die Reparationsverpflichtungen gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges engten dazu den finanziellen Handlungsspielraum der Regierenden ein.

► **Geschichte In Clips:**
Zum Verlauf der Krise in Deutschland siehe
Clip-Code 7311-03

Das Parlament verliert

Die politischen Folgen der Krise¹⁾ zeigten sich bald: Am 27. März 1930 zerbrach die im Juni 1928 gebildete Große Koalition von SPD, Zentrum, Bayerischer Volkspartei (BVP), Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Deutscher Volkspartei (DVP) unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller. Als Vorwand für den Bruch diente die von der Regierung geforderte Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 3,5 auf vier Prozent. Sie war auf den Widerstand der nationalliberalen DVP und der Unternehmer- und Arbeitgeberverbände gestoßen. Dahinter stand aber der Wunsch dieses Lagers sowie des Reichspräsidenten, die Sozialdemokraten aus der Regierung zu drängen.

Als keine Mehrheit für eine neue Regierung im Reichstag zustande kam, nutzte Reichspräsident Paul von Hindenburg seine weitreichenden verfassungsrechtlichen Vollmachten (Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers, Recht auf Auflösung des Reichstags und Notverordnungsrecht aus Artikel 48²⁾), um eine bereits geplante außerparlamentarische Lösung durchzusetzen.



▲ **Paul von Hindenburg.**
Foto von 1930.
Der ehemalige Generalfeldmarschall lebte nach dem Krieg in Hannover. Mit 78 Jahren wurde er 1925 als Kandidat der Rechtsparteien zum Reichspräsidenten gewählt, 1932 wählte man ihn wieder.

¹⁾ Zum Begriff „Krise“ siehe den Methoden-Baustein „Krisen“, Seite 125 ff.

²⁾ In dieser Notverordnung hieß es: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen.“



▲ **Heinrich Brüning.**

Foto, um 1930.

Der 1885 in Münster geborene Brüning war Volkswirt und hatte als Frontoffizier am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Seit 1924 war er Reichstagsabgeordneter des Zentrums und hatte sich als Steuer- und Finanzexperte einen Namen gemacht.

Mit „Notverordnungen“ ans Ziel?

Am 29. März 1930 ernannte Hindenburg das erste Präsidialkabinett unter dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, *Heinrich Brüning*. Ihm sicherte er zu, notwendige Gesetze wenn nötig auch am Parlament vorbei mithilfe von Notverordnungen durchzusetzen. Drei Ziele bestimmten Reichskanzler Brünings folgende Innen- und Außenpolitik: die Überwindung der Rezession, die Konsolidierung des Staatshaushalts sowie die Streichung der Reparationen. Dabei war Brüning anfangs durchaus bereit, die Krise aktiv zu bekämpfen (M3). Im Juni 1930 verabschiedete er ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 950 Millionen Reichsmark. Es konnte aber keine Wirkung entfalten, da die Regierung angesichts des wachsenden Haushaltsdefizits gleichzeitig begann, alle staatlichen Ausgaben und Leistungen zu kürzen. Brüning setzte sich für eine grundsätzliche Reform der Staatsfinanzen durch Steuererhöhungen und Einsparungen ein. Als er sie gegen den Widerstand von DNVP, DVP, SPD, KPD und NSDAP nicht durchsetzen konnte, wurde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen zum 14. September 1930 ausgeschrieben. In den „Septemberwahlen“ erzielten die republikfeindliche Linke und Rechte hohe Gewinne: Die Zahl der NSDAP-Abgeordneten stieg von zwölf auf 107 und die der KPD von 54 auf 77.

Über den Wahlausgang waren alle erschrocken – auch Brüning. Er konnte aufgrund der Unterstützung des Reichspräsidenten weiterregieren, da auch nach diesen Wahlen keine regierungsfähige Koalition zustande kam. Angesichts der politischen Polarisierung von links und von rechts beschloss die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die neue Minderheitsregierung Brünings zu tolerieren. Damit verhinderte sie, dass Notverordnungen vom Parlament zurückgewiesen oder Misstrauensanträge gegen die Regierung angenommen werden konnten. Das ermöglichte Brüning, ungestört vom Parlament zu regieren, solange der Reichspräsident ihn stützte und die SPD mitmachte. Für seine Politik musste er keine Mehrheiten im Reichstag gewinnen. Von Oktober 1930 bis zum Jahresende fanden nur noch 14 Sitzungen des Parlaments statt. 1931 traten die Abgeordneten nur noch 42 Mal und von 1932 bis zum Sturz Brünings Ende Mai lediglich acht Mal zusammen.

Ohne Rücksicht auf Verluste?

Brüning wollte Deutschland wieder zu nationaler Größe führen. Um dies zu erreichen, begann er eine rigorose Haushaltspolitik mithilfe von Notverordnungen zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ durchzusetzen. Die Lohn- und Einkommen-, die Umsatz-, Kraftfahrzeug-, Zucker-, Tabak- und Biersteuer sowie zahlreiche Zölle wurden mehrfach erhöht, während gleichzeitig die Gehälter der Beamten und öffentlichen Angestellten gekürzt und die Pensionen, Renten und Sozialleistungen beschnitten wurden. Außerdem wurden viele Sachausgaben reduziert: Es durften weder Straßen gebaut oder öffentliche Neubauten errichtet werden. Selbst Reparaturen schloss man bis auf wenige Ausnahmen aus. Das alles sollte den durch die hohen Sozialausgaben belasteten Staatshaushalt ausgleichen. Es hinderte ihn aber gleichzeitig nicht daran, große Summen für die Landwirtschaft bereitzustellen (und damit viele Lebensmittelpreise künstlich hoch zu halten) und den Wehretat von den Kürzungen auszuklammern. Brünings Deflationspolitik griff massiv in die Privatwirtschaft ein. Mittels Notverordnungen wurden Löhne und Preise gekürzt, um auf diese Weise die Kosten der Gütererzeugung den gesunkenen Produktpreisen anzupassen. Durch die Preis- und Kosten-

senkung sollte die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt werden, ohne die Währung abwerten zu müssen.

Bestimmt wurde Brüning's Finanz- und Wirtschaftspolitik aber letztlich von außenpolitischen Zielen: Unter dem Siegel der absoluten Verschwiegenheit erklärte er im Dezember 1930 dem Reichsbankpräsidenten *Hans Luther*, es müsse „eine scheinbar planlose Deflationspolitik durchgeführt werden, um die Welt selbst zu einer Initiative für [die] Streichungen der Reparationen zu zwingen“. Die strikte Sparpolitik sollte also der Weltöffentlichkeit demonstrieren, dass Deutschland trotz größter Anstrengungen nicht in der Lage war, die Reparationszahlungen zu leisten. Vorschläge zur staatlichen Konjunkturbelebung lehnte Brüning daher ab. Er nahm eine Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise billigend in Kauf, um seine außenpolitischen Ziele zu erreichen.

Bankenkrise

Schon der Ausgang der „Septemberwahlen“ von 1930 hatte dazu geführt, dass Kapital aus Deutschland abgezogen wurde. Zahlreiche innere Unruhen und Streiks¹⁾ förderten das Investitionsklima auch nicht. Weiteres Vertrauen in die deutsche Währung wurde verspielt, als Brüning am 5. Juni 1931 öffentlich erklärte, das deutsche Volk sei „an der Grenze seiner Belastbarkeit angelangt“. Sein „Tributaufruf“ machte allein die Reparationsverpflichtungen für die Probleme verantwortlich. Er wurde im Ausland als ein Hinweis auf den bevorstehenden Staatsbankrott verstanden und trug zu einem weiteren Abzug ausländischer Gelder bei. Das am 30. Juni 1931 veröffentlichte *Hoover-Moratorium*, das der Reichsregierung einen einjährigen Aufschub der Reparationsleistungen eröffnete, konnte daran auch nichts mehr ändern. Das lag an der europäischen Bankenkrise, die im Mai mit dem Zusammenbruch der *Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe* begonnen, zu weiteren Banken- und Firmenzusammenbrüchen geführt und im Juli dann auch die zweitgrößte deutsche Bank, die *Darmstädter und Nationalbank* (Danat-Bank), erreicht hatte.²⁾ Die Danat-Bank musste nach vergeblichen Hilferufen an die Deutsche Bank, die Reichsbank und die Reichsregierung am 11. Juli ihre Zahlungsunfähigkeit erklären. Dazu beigetragen hatten hohe Verluste, die der Bank durch den Konkurs der Bremer *Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei AG* (Nordwolle) in Bremen, eines der damals größten Textilkonzerne Europas, entstanden waren. Deren Inhaber hatten zeitweise mit gefälschten Bilanzen die wahre Lage ihrer Firma verschleiert.

Die Reichsregierung versuchte die Lage zu beruhigen, sicherte der Wirtschaft Hilfe zu (◆ M4) und schloss ab dem 13. Juli die Börse, um weitere Kurseinbrüche aufzuhalten. Sie verhinderte aber nicht, dass am Montag, dem 13. Juli, alle Sparer die noch geöffneten Geldinstitute stürmten, um ihre Einlagen abzuheben. Die Regierung ordnete daraufhin für den 14. und 15. Juli zwei „Bankfeiertage“ an und gab auch danach den Zahlungsverkehr nur schrittweise frei. Damit wollte sie weitere Bankenzusammenbrüche verhindern. Darüber hinaus führte sie eine Bankenaufsicht ein und beschloss, aus den knappen Steuermitteln den Banken hohe Beträge als Garantien zur Verfügung zu stellen. Letzteres rief den Protest der SPD hervor. Sie sah nicht ein, das kapitalistische Wirt-

¹⁾ Allein in Preußen zählte die Polizei 1931 rund dreihundert Todesopfer des Straßenterrors, meist Angehörige der Nationalsozialisten oder der Kommunisten. Die Zahl der Arbeitskämpfe ging in der Krise zurück, 1930 streikten noch 246 000, 1931 nur noch 77 000 Arbeiter.

²⁾ Zur internationalen Bankenkrise siehe Seite 37.

schaftssystem auf Kosten der Steuerzahler zu retten (♣ M5). Gleichzeitig wuchs die Angst der Bürger vor dem Staatsbankrott und einer weiteren politischen Radikalisierung (♣ M6). Die Banken, die mit staatlicher Hilfe die Krise überlebt hatten, gaben zuletzt eine Erklärung ab, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen (♣ M7).

Kein Einlenken

Die Stützung und Sanierung der Banken kostete die Reichsregierung fast eine Milliarde Reichsmark. Mit weiteren Maßnahmen versuchte sie, neue Kreditaufnahmen unattraktiv zu machen und eine weitere Kapitalflucht zu verhindern. Brüning hielt auch in dieser schwierigen Lage an seiner einschränkenden, deflationistischen Wirtschaftspolitik fest (♣ M8). Er änderte seine Haltung auch nicht, nachdem Großbritannien und etwa 30 weitere Staaten sich im September 1931 vom Goldstandard lösten¹⁾, ihre Währungen damit abwerteten und somit die deutschen Waren auf dem internationalen Markt noch teurer wurden. Da es der Reichsregierung aufgrund der Reparationsbedingungen nicht ohne Verhandlungen möglich war, die Reichsmark abzuwerten, schrieb Brüning der Wirtschaft eine zwanzigprozentige Preissenkung vor. Damit sollten die deutschen Produkte international konkurrenzfähig bleiben. Außerdem kürzte er Sozialausgaben, Löhne und Gehälter und verschärfte somit die soziale Krise noch mehr.

Brüning erreichte zwar damit im Januar 1932 eine annähernd ausgeglichene Haushaltsbilanz, doch die staatlich gedrückten Preise trugen zu einem weiteren Investitionsrückgang und zur Zahlungsunfähigkeit vieler Betriebe bei. Betroffen waren vor allem viele Landwirte. Von ihnen erhielten die Nationalsozialisten dann auch in den folgenden Wahlen besonders viele Stimmen.

1927	9 300
1928	13 700
1929	18 200
1930	22 700
1931	27 900
1932	20 300

Soziale Folgen

Mitte 1932 erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Die Industrieproduktion ging auf die Hälfte des Standes von 1928 zurück und das Volkseinkommen sank von 1928 bis 1932 um über 30 Milliarden Reichsmark. Im Februar 1932 erreichte die Arbeitslosenzahl mit 6,128 Millionen registrierten Personen ihren höchsten Stand. Die tatsächliche Zahl der Erwerbslosen betrug damals wohl 7,619 Millionen. Für die Betroffenen und die Familien bedeutete dies Not und Hunger. Die Dauer der Versicherungsleistungen war von ursprünglich 26 Wochen im Oktober 1931 auf 20 und im Mai 1932 auf 13 Wochen gekürzt worden. Im Dezember 1932 bezogen von annähernd 5,8 Millionen registrierten Arbeitslosen 22,4 Prozent überhaupt keine öffentliche Hilfe. Frauen waren von der Erwerbslosigkeit im Vergleich zu den gleichaltrigen Männern weniger betroffen. Das lag an ihren geringeren Löhnen. Unabhängig davon wurden nun verheiratete Frauen aufgefordert, auf ihre Erwerbstätigkeit zu verzichten. Besonders Jugendliche waren überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Im Juli 1932 waren rund eine Million Jungen und Mädchen zwischen 15 und 25 ohne Arbeit – meist ohne Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung. Der Mitte 1931 eingerichtete *Freiwillige Arbeitsdienst* (FAD) konnte nicht wirklich helfen. Anders als das im Frühjahr 1933 in den USA gegründete *Civilian Conservation Corps* (CCC)²⁾ erhielt er nicht genug Mittel, um die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Bis Mai 1932 unterstützte er nur 56 000 arbeitslose Männer unter 25 Jahre für sechs Monate.³⁾

▲ **Konkurse im Deutschen Reich 1928 bis 1932.**

Nach: Werner Ripper, *Weltgeschichte im Aufriß*, Bd. 3, Teil 1, Frankfurt am Main 1976, S. 282

¹⁾ Siehe Seite 19. ²⁾ Siehe Seite 45. ³⁾ Erst die Regierungen nach Brüning förderte den Freiwilligen Arbeitsdienst stärker; Ende 1932 zählte er bereits 250 000 Mitarbeiter.

► **Das Volkseinkommen und wichtige gesamtwirtschaftliche Größen im Deutschen Reich 1927 bis 1933.**

Angaben in Milliarden RM.

Der Posten „Unternehmenseinkommen“ erfasst Einkommen privater Haushalte aus Unternehmertätigkeiten und Vermögen. Die „Bruttoinvestitionen“ enthalten die Anlageinvestitionen und die Mengen- und Wertänderungen der Vorräte.

Jahr	Volkseinkommen	Arbeitnehmereinkommen	Unternehmereinkommen	Bruttoinvestitionen im Inland	Laufende Staatsausgaben	Reparationszahlungen
1927	66,2	42,1	21,0	16,8	8,7	1,6
1928	71,2	46,4	21,8	15,8	9,6	2,0
1929	70,9	46,9	21,6	12,2	10,0	2,3
1930	64,6	43,7	19,4	9,5	8,7	1,7
1931	52,1	37,0	16,2	4,4	7,8	1,0
1932	41,1	28,8	13,0	5,3	6,9	0,2
1933	42,6	29,1	13,6	6,5	7,0	0,1

Fritz Blaich, *Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise*, München 21990, S. 167

Der SPD-Politiker Friedrich Stampfer schreibt 1936: „Es gab in Deutschland keine Klasse und keinen Stand, die nicht von der Krise in Mitleidenschaft gezogen waren.“ Überprüfen Sie die Aussage mithilfe der Tabelle.

Viele Menschen waren gezwungen, ihre Wohnungen aufzugeben; sie hausten in provisorischen Hütten am Rande der Großstädte oder waren obdachlos. Hoffnungslosigkeit, Verbitterung und Unzufriedenheit machten sich breit (► M9). Die allgemeine Krisenstimmung vergrößerte – anders als in den USA – die radikale Ablehnung der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung (► M10 und M11).

Konjunkturprogramme

Nach der Bankenkrise waren verstärkt Arbeitsbeschaffungsprogramme gefordert worden. Durch öffentliche Aufträge sollte, ähnlich wie es der britische Nationalökonom *John Maynard Keynes* den Briten bereits empfohlen hatte, die Wirtschaft angekurbelt werden.¹⁾ Doch Reichsbankchef Luther und Reichskanzler Brüning lehnten die im Finanz- und Wirtschaftsministerium erarbeiteten Konjunkturprogramme ab. Als Gründe gaben sie an, dass vor allem Frankreich, der Hauptempfänger deutscher Reparationsleistungen, nicht den Eindruck gewinnen dürfe, die deutsche Wirtschaft verfüge doch noch über beträchtliche Reserven. Darüber hinaus wollten sie keine Haushaltsverschuldung in Kauf nehmen. Außerdem befürchteten sie, dass solche Maßnahmen eine neue Inflation auslösen würden. Ihre Vorstellungen wurden damals von den meisten Ökonomen geteilt. Aber: Angesichts der sozialen Not polarisierte das Festhalten an dem Sparkurs. Links- und Rechtsradikalismus nahmen weiter zu. Am 11. Oktober riefen alle republikfeindlichen Parteien (bis auf die KPD) und Verbände in Bad Harzburg zum Sturz der Regierung Brüning auf. Die Gefahr eines Bürgerkrieges stieg – und vor allem Republikanhänger forderten nun immer deutlicher ein Ende der Deflationspolitik (► M12). Allmählich meldeten auch immer mehr Ökonomen Bedenken an. Ende 1931 kritisierte der Bonner Nationalökonom *Joseph A. Schumpeter*²⁾ die Krisenpolitik Brünnings scharf. Sie möge vielleicht für die Streichung der Reparationen nützlich sein, habe aber, „ganz abgesehen von den sozialen Konsequenzen, die völlige Lähmung der Wirtschaft zur Folge“. Ein Konjunkturprogramm erarbeitete er aber nicht.

¹⁾ Siehe Seite 82 ff.

²⁾ Zu Schumpeter siehe Seite 82 f.



▲ **Abzeichen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, vor 1930.**

Im Juli 1919 vereinigten sich 52 Arbeitnehmerorganisationen zum ADGB. 1920 zählte er rund acht Millionen Mitglieder, 1928 waren es 4,9 und 1913 nur noch 4,1 Millionen.

Lesetipps

- Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008
- Eberhard Kolb, *Deutschland 1918-1933. Eine Geschichte der Weimarer Republik*, München 2010.

Weitere Vorschläge

Seit Ende 1931 nahm die Zahl der Vorschläge zur Krisenbekämpfung durch Konjunkturförderprogramme und Arbeitsbeschaffung zu. Angeblich wurden der Reichsbank über 1 000 Pläne zugesandt.

Ein ernsthaftes Programm legten im Dezember 1931 drei führende Funktionäre der Freien Gewerkschaften vor. Ihr WTB-Plan (benannt nach den Anfangsbuchstaben der drei Verfasser) sah ein kreditfinanziertes Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Steigerung der Massenkaukraft vor (♦ M13). Die Vorschläge fanden die Billigung des Vorstandes des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB) und wurden in einer überarbeiteten Fassung im April 1932 vom *Reichskongress der Gewerkschaften* befürwortet. Jedoch lehnte die SPD-Führung eine Unterstützung des Planes aus ideologischen und ökonomischen Gründen ab (♦ M14).

Weitere Pläne zur „Geld- und Kreditreform“ und zu kreditgestützten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen folgten im Frühjahr 1932. Das Reichsfinanzministerium stellte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Umfang von 1,4 Milliarden Reichsmark zusammen. Die Mittel dazu sollten durch Wechsel einer „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ aufgebracht werden. Doch das Programm wurde von der Regierung auf 135 Millionen Reichsmark zusammengestrichen.

Um einen Keil zwischen Gewerkschaften und SPD zu treiben, setzte sich dann am 10. Mai der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, *Gregor Straßer*, im Reichstag für ein Sofortprogramm ein. Es lehnte sich eng an den WTB-Plan und den Empfehlungen des Reichswirtschaftsrates vom 12. März (♦ M15) an, allerdings im völkischen Gewand (♦ M16).

Brünings Ende

Bis heute ist umstritten, ob nach der Bankenkrise eine andere Politik möglich gewesen wäre und die vorgeschlagenen Konjunkturprogramme überhaupt kurzfristig Erfolg gehabt hätten. Auch wenn das mit Gründen bezweifelt werden kann, es bleibt der Vorwurf, dass Brüning den Menschen kein Hoffnungszeichen für eine bessere Zukunft gegeben hat. Er musste im Juni 1932 zurücktreten, nachdem der Reichspräsident ihm untersagt hatte, weitere Notverordnungen zu erlassen. Hindenburg und seinen Beratern war Brüning nicht weit genug nach rechts gegangen.

Nachfolger Brünings wurde *Franz von Papen*. Der ehemalige Major und Zeitungsverleger hatte bis 1932 dem äußersten rechten Flügel des Zentrums angehört. Papen beendete als erster die starre Deflationspolitik seines Vorgängers. Er vergab öffentliche Aufträge und zahlte Beschäftigungsprämien, um die Konjunktur zu beleben. Für eine Stabilisierung der politischen Lage kamen seine Pläne sowie das auf der *Konferenz von Lausanne* Anfang Juli beschlossene Ende der Reparationen aber zu spät. Auch das Programm seines Nachfolgers, des parteilosen ehemaligen Reichswehrministers *Kurt von Schleicher*, fand nicht den Rückhalt Hindenburgs. Am 30. Januar 1933 ernannte der inzwischen 86-jährige Reichspräsident den 43-jährigen Führer der stärksten Reichstagsfraktion, *Adolf Hitler*, zum neuen Reichskanzler – und leitete damit die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten ein.

New Deal im Vergleich mit Brüning's Deflationspolitik

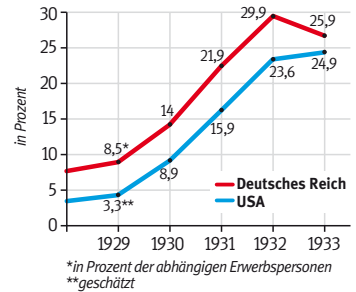
Als US-Präsident *Franklin D. Roosevelt* am 4. März 1933 seine New Deal-Politik begann, war der deutsche Reichskanzler Brüning nicht mehr im Amt und Hitler bereits an der Regierung. Ein Vergleich zwischen dem New Deal und der Politik Brüning's ist daher problematisch. Trotzdem ist er interessant, weil gezeigt werden kann, welche Alternativen zur deutschen Entwicklung vielleicht möglich gewesen wären.

Während in Deutschland die wirtschaftliche und soziale Krise politisch missbraucht wurde, um die demokratische Ordnung des nach der Novemberrevolution von 1918 ausgebauten Sozialstaates zu zerstören, war die Demokratie in den USA zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Die amerikanischen Politiker waren bereit, jenseits von überlieferten politischen und wirtschaftlichen Konzepten neue Wege auszuprobieren.

Roosevelt konnte sich nach 1933 allmählich von der deflatorischen Politik seines Vorgängers Hoover lösen und sich auf eine Vielzahl von Arbeitsbeschaffungs- und Konjunkturförderprogrammen einlassen. Er nahm dabei eine wachsende Staatsverschuldung und eine Abwertung des Dollars in Kauf. Seine New-Deal-Politik leitete soziale Reformen wie Alters- und Arbeitsunfähigkeitsrente sowie Arbeitslosen- und Unfallversicherung ein und stärkte die Rechte der Arbeitnehmer. Damit löste er die wirtschaftlichen Probleme nicht vollständig, doch sie linderten die sozialen Folgen und hielten die demokratische Ordnung stabil.

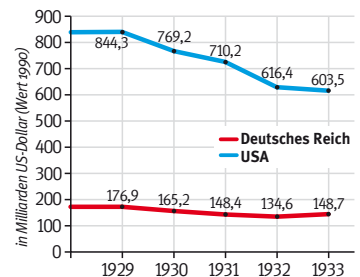
Ganz anders verlief die Entwicklung in Deutschland. Brüning's Krisenpolitik zwischen 1930 und 1932 verschärfte die sozialen und politischen Auseinandersetzungen. Die wirtschaftliche Krise wurde zum Abbau sozialer Errungenschaften, der Ausschaltung des Parlaments und zur Durchsetzung innen- und außenpolitischer Ziele genutzt. Die Konflikte um den Versailler Vertrag, die Reparationen, die Handlungsunfähigkeit des Reichstags und die Rolle des Reichspräsidenten machten Lösungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise schwer. Aber Brüning gab den Menschen auch auf dem Höhepunkt der Krise keine Hoffnung auf bessere Zeiten. Die ihm vorgelegten Konjunkturförderungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme verwarf er. Er tat dies nicht nur, weil er auf die verbreitete Angst vor einer erneuten Inflation Rücksicht nahm und das Ende der Reparationen erreichen wollte, sondern weil er letztlich gegen die parlamentarische Demokratie und für einen autoritären Staat war.

Die umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Brüning verwarf und die die Nationalsozialisten nach 1933 angingen, ähnelten nur sehr vordergründig den Vorschlägen der Gewerkschaften und den späteren Programmen des New Deal. Der nationalsozialistischen Führung ging es nach der Machtübergabe auch vorrangig gar nicht um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Belebung der Konjunktur, sondern um Wiederaufrüstung, Nichtanerkennung der deutschen Auslandsschulden, „Erhaltung des Bauerntums“ – und Zerstörung der Demokratie.



▲ Arbeitslosenquote im Deutschen Reich und in den USA.

Nach: Dietmar Petzina, Werner Abelshauer und Anselm Faust, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, Bd. 3: *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945*, München 1978, S. 119 (*Deutsches Reich*) und John T. Dunlop und Walter Galenson (Ed.), *Labor in the Twentieth Century*, New York 1978, S. 27 (*USA*)



▲ Bruttoinlandsprodukt im Deutschen Reich und in den USA.

Nach: Angus Maddison, *Monitoring the World Economy, 1820–1992*, Paris 1995, S. 180–183 (Zahlen gerundet)